

# Schneider-Zeitung

Erscheint alle 14 Tage Samstags.  
Abonnementsspreis pro Quoqua 1 M.  
ohne Bestellgeld.  
Abonnements-Bestellungen nimmt jede  
Postanstalt entgegen.  
Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ  
gratis.

Organ  
des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen  
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmenstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,  
Palmenstraße 14.

Bestellungen für direkte Zusendung,  
Anzeigen &c. sind an die Geschäftsstelle  
zu richten.

Redaktionsschluss:  
Montag-Mittag.

Nr. 3.

Köln, den 10. Februar 1912.

9. Jahrgang.

**Inhalt:** Nach der Reichstagswahl. — Wohnbewegungen und Differenzen, Kampf oder Friede in der Majoreihe? Die Zuschneidebewegung in Mainz. Der Streit im Aschaffenburgschen Gebiet erfolgreich beendet. Neuer Tarifvertrag. — Verbandsnachrichten. — Aus den Abstellen: Jahresbericht der Zabstelle Münster. Die Zabstelle Köln im Jahre 1911. Hamburg, Kiel, München, Wilhelmshaven. — Rundschau: Innungen und Arbeitsverbände. Die neuen Innvalidentarten. Die freien Hilfsstellen. Internationales Arbeitsamt. Eine bemerkenswerte Entscheidung. Ein Nachspiel zum Preußischen Konfektionschneidersstreit. Vermuntmonarchie. — Adressänderungen. — Arbeitsschweiss. — Nachruf. — Inserate.

## Nach der Reichstagswahl.

Im deutschen Volke ist soeben ein Ringen beendet worden, wie es seit dem mehr als vierzigjährigen Bestehen des Deutschen Reiches noch selten beobachtet werden konnte. Am 12. Januar sind über 12 Millionen Wähler zum Wahlloch geschritten, um ihr Votum abzugeben über die künftige Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland. Dem Wahltage ging ein mehrwöchiger Kampf voraus, in dem am gegenseitiger Zersetzung das Menschenmögliche geleistet wurde. Zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien spielt sich der Wahlkampf stets in großer Schärfe ab. Das ist zu verstehen. Die Sozialdemokratie erstrebt die Beseitigung der Grundlagen des gegenwärtigen Staates; sie will ein ganz neues Staats- und Gesellschaftsgebäude aufrichten. Alle übrigen Parteien dagegen wollen nur eine Umgestaltung von bestimmten Zuständen und Verhältnissen innerhalb des bestehenden Staatsgebildes herbeiführen. Nur hat sich bezeichnenderweise unter den bürgerlichen Parteien selbst der letzte Wahlkampf vielfach mit einer Erbitterung abgespielt, die größer war als die in dem Kampfe zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits in die Erscheinung getretene. Das ist für diejenigen, die die Welt nicht ausschließlich durch eine einseitige Parteiwerke ansehen, kein erhebendes Schauspiel. Insbesondere nicht zu einer Zeit, in welcher das deutsche Volk alle Veranlassung hätte, gegenüber seinen schier ungähnlichen Neidern im Auslande auf eine größtmögliche innere Geschlossenheit bedacht zu sein. Deutschland ist heute ein Land, das Rohstoffe vom Ausland (Erze, Kupfer, Baumwolle &c.) in großer Menge beziehen und ein gewaltiges Quantum Fertigfabrikate wieder an das Ausland verkaufen muss. Nur durch gestiegerte Inlandsproduktion und erhöhten Außenhandel kann Deutschland seine jährlich um 900.000 Köpfe zunehmende Bevölkerung auf heimathellem Boden ernähren und ihr die Existenzmittel verschaffen. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung ist durch die Reg- und Strebearbeit seiner Bevölkerung in den letzten 1½ Jahrzehnten in schnellerem Tempo vorwärts geschritten, als die fast aller übrigen höherentwickelten Kulturstaten. Das hatte zur Folge, daß die letzteren Staaten Deutschland bei dem Bezug seiner Rohprodukte vom Ausland und bei dem Verkauf seiner Waren an das Ausland in stets steigendem Maße Schwierigkeiten zu machen suchten. Auf diesem Hintergrund betrachtet, war die politische Spannung des letzten Sommers wegen Marofos zu erklären, die nahe daran war, sich in einem Weltkriege auszulösen. Und auch in der Gegenwart spielen sich wieder in Persien, in den Balkanländern und im gewaltigen chinesischen Reich, Vorgänge von ungeheurem wirtschaftlichem Tragweite ab, die für den Gang der künftigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands von der allergrößten Bedeutung sind. Und in dieser selben Situation erscheint sich das deutsche Volk anlässlich eines Wahlkampfes in einer Weise

wie noch nie, seitdem es ein neues Deutsches Reich gibt, und schlägt in das Reichsparlament 110 Sozialdemokraten, die die Reichsregierung an der Wahrnehmung der weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu behindern suchen. Gegen Weltpolitik, gegen Militarismus, gegen Imperialismus war der Schlacht auf, mit dem die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zog, in demselben Moment, wo Amerika, England, Russland und Japan, in deren Staaten die Sozialdemokratie nichts zu melden hat, sich anschließen, in dem in politischer Umgestaltung begründeten gewaltigen Chinesentreich die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Böller für die Zukunft sich zu stellen. Das „Volk der Denker und Dichter“ aber ergoht sich in diesem weitgeschichtlichen Augenblick an politischen Schlagworten, mit denen in Wirklichkeit nur der wahre Hintergrund des Wahlkampfes verschleiert wurde, was sich in absehbarer Zeit mit Sicherheit herausstellen wird. Die Enttäuschung dieses Hintergrundes werden auch wir uns angelegen sein lassen, wenn erst der Reichstag und seine neue Zusammenfügung ihre Orientierung in der Politik gefunden haben werden.

Wie nicht anders zu erwarten, wie vielmehr mit Sicherheit vorauszusehen war, ist bei dem gegenwärtigen Heruntermarsch der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der alleinige laufende Dritte gewesen. Sie führt die Ernte in ihre Scheune. Ganz und innerlich zutrieden ist allerdings auch die Sozialdemokratie nicht. Zufrieden ist sie ohne Zweifel mit den auf sie entfallenen 4½ Millionen Stimmen; ob aber deren Führer eine wahre Freude empfinden über die der Sozialdemokratie zugedachten 110 Mandate, möchte mir stark bezweifeln. Jetzt ist es mit bloßen kräftigen Worten in Versammlungen nicht mehr getan. Die Worte der Sozialdemokratie wird jetzt zugleich zu ihrer Schwäche werden. Sie hat bei den Massen, um deren Stimmen sie bei dem Wahlkampf warb, die trügerischsten Erwartungen und Hoffnungen erweckt. Die Massen der Unzufriedenen, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, wollen nunmehr ohne Zweifel auch entsprechende sozialdemokratische Leistungen im Reichstage sehen. Das doch früher die Sozialdemokratie den stärksten bürgerlichen Parteien nausgezeigt den Vorwurf gemacht, daß sie vor den Wahlen dem Volle alles versprachen und nachher nichts hielten, daß diese Parteien alle Forderungen der Arbeiter an die Reichsregierung verwirklichen könnten, wenn sie nur ernsthaft wollten. Nun wohl, deutscher Sozialdemokratie: Jetzt zeige, was du kannst! Mit Ausreden und Ablenkungsmanövern, die die französische Sozialdemokratie seit Jahren praktizierte, kommt die deutsche nicht durch. Dafür sorgt die christliche Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie soll nur zeigen, daß sie verwirklichen kann, was sie den Massen im Wahlkampf vorgenommen hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 11) sagt bereits in Ahnung der Dinge, die da kommen werden, daß man sich innerhalb des sozialdemokratischen Lagers nicht verwirren lassen sollte in der klaren Erkenntnis, „daß die kapitalistische Welt nicht mit dem Stimmzettel zu erobern ist, daß eine „Weltkampf“ nicht durch den parlamentarischen Kampf herbeigeführt wird“. Weiter beschriftet das gleiche Blatt, daß wir „einer Zeit gewaltiger Konflikte, innerer wie äußerer, entgegengehen“. „Der Proletarier“ (Nr. 4), das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, geht noch bedeutend weiter, indem er unter der Überschrift „Eine neue Epoche?“ u. a. schreibt:

Was darf die klassenbewußte Arbeiterkraft Deutschlands von der gewaltig gestalteten sozialdemokratischen Fraktion erwarten? Die „Metallarbeiter-Zeitung“ verspricht sich von dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie, „eine neue Epoche der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reichs“. Das kann und soll nicht so verstanden werden, als ob nunmehr mit einem Anfang an die Verwirklichung der großen Ziele des Sozialismus, an die allgemeine Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel herangetreten

werden solle. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ betont selbst, daß die Sozialdemokratie allein, trotz ihrer gewaltigen Zugabe an Wählerstimmen wie an Mandaten, zur Durchsetzung einer auch nur eingeschränkt liegenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse leider noch immer zu schwach ist. Und wäre sie selbst im Volk und im Parlament stark genug, durch Meppelbeckschluß grundlegende Änderungen in der sozialen Verfassung des Gesellschaftsvertrages durchzuführen, so würde von anderen Schwierigkeiten ganz abgesehen, die erste Frage die sein, ob Deutschland inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt in der Richtung zum Sozialismus tun kann. Die bisherige Auffassung der klassischen Sozialdemokratie war die, daß jeder Versuch, ein bestimmtes territoriales Gebiet von der Außenwelt loszutrennen, zum Zweck der Veranstaltung sozialistischer Experimente, ein utopisches Unterfangen sei. Bei den modernen Verkehr- und wirtschaftlichen Beziehungen der Böller untereinander läßt sich das Deutsche Reich nicht als Land behandeln, in dem unbekümmert um die wirtschaftlichen Zustände der Umwelt nach einem vorher genau fixierten Plan beliebige Umgestaltungen vorgenommen werden können. Die fortschreitende Entwicklung zum Ziele der Sozialisierung der Gesellschaft muß eine annähernd gleichmäßige in allen Kulturstädten der Welt sein, wenn schwere Niederschläge vermieden werden sollen. Die Triebfedern der ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen sind ja auch in allen modern-kapitalistischen Staaten dieselben.... Die dem Kapitalismus innenwohnenden Gesetze bilden also in unserer internationalen Zeitspanne immer mehr für ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt. Die erste und Hauptaufgabe, die den zu Machtäxtern herangewachsenen sozialistischen Parteien der Großstaaten zufällt, besteht darin, die großen Unterschiede im politischen Aufbau der einzelnen Staaten auszugleichen.... Die deutsche Arbeiterschaft muss nach dem ruhmvollen Abschluß des Kampfes, in dem sie ihre ganze Kraft aufgeboten hat, Wert darauf legen, daß später, wenn je die auf den neuen Reichstag gesetzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen sollten, sofort jeder Mann die Tatsachen in die Augen springt: Nicht bei der Sozialdemokratie liegt die Schuld!

Jetzt wissen die „Genossen“, woran sie sind. Mit diesen Darlegungen wird der Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus vollständig in Frage gestellt. Daß dies direkt nach einem großen sozialistischen Wahlerfolg ausgesprochen wird, nachdem man vorher einige Wochen lang im Wahlkampf in den Köpfen der Massen noch die utopistischen Hoffnungen erweckt hat, ist das Bezeichnende an der Sache. Daß die ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen . . . in allen modernen kapitalistischen Staaten dieselben sind und daß die dem Kapitalismus innenwohnenden Gesetze . . . immer mehr ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt“ bewirken, steht mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch. Im Gegenteil: die Voraussetzungen für den Sozialismus sind in den einzelnen Staaten die denkbare verschiedensten, was schon in der völlig ungleichmäßigen Entwicklung und Verbreitung der Sozialdemokratie deutlich in die Erscheinung tritt. In der „Neuen Zeit“ sagt Kautsky, daß bei der verlorenen Reichstagswahl 35% aller über 25 Jahre alten Männer sozialistisch gestimmt hätten, wohingegen von den 3½ Millionen junger Leute von 18–25 Jahren angenommen sei, daß sie zur Hälfte auf sozialistischer Seite stehe. Wie sieht es dagegen in den anderen Ländern aus? In dem kulturell und wirtschaftlich hochentwickelten England und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet die Sozialdemokratie fast nichts, in Russland und dem aufstrebenden Japan fast noch weniger wie nichts. Den sozialistischen Gedanken in den verschiedensten Staaten zu gleicher Zeit auf eine gleich hohe Stufe zu entwickeln, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und

ist schließlich in England, in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, in Japan der Sozialismus die Stufe erreicht, auf der er bereits in Deutschland angelangt ist, hat in Deutschland die Sozialdemokratie ohne Zweifel längst wieder abgewirtschaftet. Die mit der sozialistischen Ideenwelt ausgepeitschten Massen lassen sich in einem Lande nicht Jahrzehntelang von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele abhalten mit dem bloßen Vorwand, daß in anderen Ländern die Vorbereitungen für den Sozialismus noch nicht gegeben seien. Der Marxistische Sozialismus, auf den die deutsche Sozialdemokratie schwört, aber läßt sich, wie „Der Proletarier“ ganz mit Recht sagt, ebensoviel „immen“ der kapitalistisch organisierten Staaten Europas“ für „ein bestimmtes territoriales Gebiet“ durchführen.

Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet das Ergebnis des Wahlkampfes ohne Zweifel ganz gewaltige innere Kämpfe. Sie muß jetzt in abschätzbarer Zeit, nachdem sie 50 Jahre lang mit Schlagworten und Utopien den Massen die Köpfe verkleistert hat, diesen zeigen, was sie kann; sie muß jetzt herstellen das Gleichgewicht zwischen den Erwartungen der mit der kräftigsten Sprache ausgepeitschten Masse, der jedwedes Urteil über politische Möglichkeiten abgeht, und den sozialistischen parlamentarischen Daten. In vielen Situationen wird der Sozialdemokratie gar nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was sie früher an bürgerlichen Parteien verurteilte. Vor die Wahl gestellt zufinden einer sprunghaften oder einer steten langsamen Entwicklung der Sozialdemokratie ist für deren Beguer, insbesondere auch für die christliche Arbeiterschaft, die sprunghafte Entwicklung der wünschenswertesten Zustand.

Die christliche Arbeiterschaft kann also mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen. Sie war weiter bei dem Wahlkampf der alleinige Faktor, der der sozialdemokratischen Phrase Stand zu halten vermochte. Der industrielle Westen, das Hauptverbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften, hat in der Hauptwahl nur einen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt; die alte sozialistische Hochburg Solingen aus allen anderen Wahlkreisen hätte die Sozialdemokratie in der Stichwahl verdrängt werden können, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht so schrecklich uneins gewesen wären. In den Bezirken mit besonders stark entwidelter christlich-nationaler Arbeiterschaft wurden der Sozialdemokratie zwei ihrer bedeutsamsten Mandate: Duisburg und Bochum abgenommen. Der industriellste Bezirk Europas von Duisburg bis Hamm schickte drei christliche Gewerkschaftler: Giesberts, Heckmann und Schäfer, und lediglich einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Die drei Kollegen wurden gewählt mit je 40 000, 58 000 und 79 000 Stimmen. Die „Nördliche Volkszeitung“ schreibt daher mit Recht:

„Der wichtigste Teil der Schwerindustrie, drei Wahlkreise mit etwa 400 000 Wählern, hat sich entschieden gegen die sogenannte Arbeiterpartei ausgeprochen. Um das beurteilen zu können, muß man den Jubel gehört haben, mit dem das Resultat, daß Hu in Bochum gefallen sei... aufgenommen wurde. Das war... überzeugte Gewerkschaft gegen den Sozialismus. Der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterschaft hat gesiegt dort wo Arbeitermassen so dicht wie nirgendwo in Deutschland zusammen leben, er hat gesiegt über die Überbildung und Verzerrung der „freien“ Gewerkschaften.... Man vergleiche damit das Ergebnis in Ahaus und auch in Düsseldorf. Da sind es doch wahnsinnig nicht Arbeiter, die den Sieg des Sozialdemokraten herbeigesucht haben. Bürgerliche und Beamtenkreise haben das in politischer Verblendung getan. Das „bürgerliche“ Ahaus wählt den Kandidaten der „Arbeiter“-Partei, die Arbeiterbezirke in derselben Provinz wählen die „bürgerlichen“ Abgeordneten.“

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt in ein Stadium gelangt, in welchen die führenden Volkstreie in den verschiedensten Lagern an einer Stellungnahme zu ihr nicht mehr vorbelommen. Dieser Tatsache hat auch bereits der Herr Reichskanzler Ausdruck gegeben, als er das Telegramm einer Siegesversammlung vom Wahlkreis Bochum am 26. Januar wie folgt beantwortete:

Rector Tegeger, Herne.

Verbindlichen Dank für Übermittlung des Wahlresultats. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterschaft und der hingebenden Mitwirkung ihrer Führer.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

In den bürgerlichen Parteilagern wird sich alsbald die notwendige Ernüchterung einstellen, sie wird sich einstellen müssen. Und dann ist die Zeit gekommen, daß für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Linie mit einer wichtigen Ausflüchtungs- und Propagandaarbeit eingesetzt wird. Noch nie ist die Notwendigkeit einer starken christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für Arbeiter, Volk und Vaterland so deutlich ausgesprochen worden, als durch den Ausgang der letzten Reichstagswahlen. Nutzen wir daher die Zeit!

Eröffnet sonach die durch den Wahlkampf neu geschaffene Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine ungünstigen Perspektiven, so bleibt aber trotzdem bestehen, daß die gegenwärtige Situation für die innerpolitische Entwicklung unseres Vaterlandes, sowie für dessen Stellung im Rilate der Völker eine überaus ernste ist. Wenn einmal 35 Prozent der über 25 Jahre alten Männer, bewußt oder unbewußt, sich gegen die Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse aussprechen; wenn ferner weite bürgerliche Kreise am politischen Hyperradikalismus selbst die ruhigeren Elemente innerhalb des sozialdemokratischen Lagers übertrifft, so ist das eine tieferste Escheine, der mit der erforderlichen Gründlichkeit und Tiefe nachgegangen werden muß. Über diese Zusammenhänge wird man an den zuständigen Stellen eine ernste Gewissenssorge anstrengen müssen.

Bei der vorliegenden Wahl sind für die christliche Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Bezirken größere Schwierigkeiten hervorgereten. Diesmal sind solde — von einem einzigen Bezirk abgesehen — nicht bekannt geworden. Die grundlegenden Auseinandersetzungen innerhalb unserer Bewegung während der letzten Jahre gelegentlich des Reichsvereinsegesetzes, der Reichsfinanzreform und der Reichswehrordnung, sowie der Umstand, daß in Bezirken mit komplizierten politischen Verhältnissen die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften sich eine größere Reserve auferlegt haben, sind unserer Bewegung bei dem diesmaligen Wahlkampfe sehr zufließen gekommen. Schwierigkeiten haben sich lediglich gezeigt an der Saar. Darüber wird demnächst an anderer Stelle geredet werden müssen.

Welche Daten von dem neu gewählten Reichstag nach der sozialpolitischen Seite zu erwarten sind, läßt sich von vornherein nicht sagen: die Zusammenfassung ist eine zu unsichere. Hoffentlich erschöpft sich die Tätigkeit des neu gewählten Reichstags nicht mit sozialpolitischen Reden und Anträgen, wie dies an dem 1903 gewählten Reichstag, in dem bekanntlich auch schon 31 Sozialdemokraten saßen, zu beobachten war; mit Reden und Anträgen kann sich die deutsche Arbeiterschaft kein Brot kaufen. Was ihr nicht sind lediglich greifbare parlamentarische Erfolge. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat auch im neu gewählten Reichstag wieder eine Anzahl warmer Freunde. Neben unseren Kollegen seien genannt die Herren Prof. Dr. Hize, Dr. Pieper; weiter wurde neu gewählt Graf Posadowski, der sich schon in seiner früheren Stellung als Staatssekretär mehrfach warm für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat. Ebenfalls neu gewählt wurde Herr Lic. Mumme; er ist in unseren Kreisen zu bekannt, als daß wir noch Besonderes über ihn zu sagen brauchen. Auch Herr Justizrat Karl Triebborn, der leider in Köln unterlegen ist, wird in wenigen Monaten wieder dem Reichstag angehören.

Für die christlichen Gewerkschaften hat die Reichstagswahl keine größeren Überraschungen gebracht. Daß die Sozialdemokratie 4 Millionen Stimmen erhalten würde, wurde bei dem Kampfe unter den bürgerlichen Parteien während der letzten Jahre allgemein vorausgesagt und angenommen: daß sie mehr Mandate erhalten hat als man annahm und als den sozialdemokratischen Führern selbst erwartet ist, ist fürsische für die christliche Gewerkschaftsbewegung kein Nachteil; im Gegenteil: der Kampf gegen die sozialdemokratische Phrase, den die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren mit Nachdruck aufgenommen, läßt sich in dieser neuen Situation wirkungsvoller als je führen: die jetzige Stärke der Sozialdemokratie ist zugleich ihre Schwäche.

## Bohnbewegungen und Differenzen.

### Kampf oder Friede in der Maschbranche?

Eine inhaltsschwere Frage, die heute mit Bestimmtheit noch nicht beantwortet werden kann. So viel steht jedoch fest, daß, wie aus den vorliegenden Berichten hervorgeht, die örtlichen Verhandlungen wohl nirgends zu einem Ergebnis führen und sämtliche Ort vor das Forum der Hauptvorstände gelangen werden, da nirgends Aussicht besteht, bis zu den zentralen Verhandlungen da oder dort zu einer Einigung zu gelangen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nicht nur in grundsätzlichen Fragen, wenn auch nicht in dem Umfang wie bei den materiellen Fragen. Hier scheinen Vereinbarungen in Arbeitgeberkreisen zu bestehen, nichts oder nur einige Projekte zu bewilligen und wo dies geschieht, stellen die Arbeitgeber Gegenforderungen hinsichtlich der Bearbeitung oder Kompensierung bisher bezahlter Extraarbeiten, wodurch die kleinen Zugeständnisse mehr wie ausgewogen werden.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, haben die Verhandlungen nicht rechtzeitig begonnen, so daß aus diesem Grunde schon an eine Durchberatung der Tarifvorlagen am Ort nicht gedacht werden kann. Bei den Verhandlungen selbst herrscht, wie aus den Berichten hervorgeht, unter den Arbeitgebern eine Stimmung, die wohl die Frage:

Kampf oder Friede in der Maschbranche ihre Berechtigung gibt. Und auch andere

Gelegenheiten werden benutzt, dieser Stimmung Ausdruck zu geben.

So soll der Innungs-Obermeister einer rheinischen Stadt bei einer feierlichen Veranstaltung durch Anklagen schärflicher Töne die Feststimmung gesteigert haben. Wir wollen nicht untersuchen, ob diese Stimmung von innen herauskommt, oder von außen hineingebracht wurde; uns genügt die Tatsache des Vorhandenseins. Und mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Wird diese Stimmung bis und bei den zentralen Verhandlungen noch weiter genährt, dann ist die Frage über Kampf oder Friede entschieden.

Die zentralen Verhandlungen dürfen, nachdem seitens der Gehilfenverbände die Differenzen den Hauptvorständen zur Schlichtung überwiesen hatten — unsreits ist dies am 6. Februar geschehen — in der Zeit vom 12.—17. Februar stattfinden.

### Die Zul Schneiderbewegung in Mainz.

In den Ausland der Konfektionszuschneider in Mainz ist keine Veränderung eingetreten. Die Bewegung ist einseitig vom freien Verband eingeleitet worden, jedoch schlossen sich die bei uns organisierten Kollegen der Bewegung an. Verhandlungen haben bisher noch keine stattgefunden, die Arbeitgeber lehnen die Organisation als die Vertretung der Zuschneider ab, andererseits machen sie geltend, daß der südwürttembergische Konfektionstarif von den Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam abgeschlossen sei, während hier nur der freie Verband allein vorgegangen und sie (die Arbeitgeber) auch diesmal nicht die Verhandlungen eintreten könnten. Erst als dem freien Verband sein einfältiges Vorgeben seitens der Arbeitgeber vor Augen geführt wurde, bequemte man sich, nachträglich die Unterstrich eines unserer Kollegen zu holen. Der Kampf dreht sich also zunächst um die Anstellung der Organisation.

### Der Streit im Aschaffenburger Gebiet erfolgreich beendet.

Nach knapp dreiwöchentlichem Streit wurde am Freitag, den 26. Januar die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem das Ziel dieser Bewegung, tariflich geregelte und erhöhte Löhne erreicht war. Bekanntlich scheiterten die ersten Verhandlungen, die am 19. und 20. Januar stattfanden. Nachdem bei diesen Verhandlungen über die verschiedenen Grundfragen eine Einigung nicht zu erzielen war, machten die Arbeitgeber folgendes Angebot:

Die sofortige Lohnzulage von 5% für die Übergangszeit bis Inkrafttreten des zu schaffenden Tarifs; sofortige Aufnahme der Arbeit mit gleichfolgenden Tarifverhandlungen, die in einer bestimmten Frist beendet sein sollen.

Die Vertreter der Konfektionszuschneider waren bereit, die 5% für die Übergangszeit anzunehmen. Dagegen lehnten sie die sofortige Arbeitsaufnahme ab, und zwar aus begreiflichen Gründen. Vor allem, weil über die Höchst- und Mindesttarifsätze gerade der Hauptpositionen an den beiden Verhandlungstagen von den Vertretern der Arbeitgeber Vorschläge gemacht wurden, die entschieden zu niedrig waren. Wenn schon unter dem Eindruck des Streites solche Angebote im Ernst gemacht wurden, wäre, wenn erst die Arbeit aufgenommen war, alles Mögliche zu erwarten gewesen.

Nachdem also diese Verhandlungen gescheitert waren, wurden am folgenden Dienstag von dem Vorsitzenden des Aschaffenburger Gewerbegerichts Rechtsrat Dr. Schwind weitere Verhandlungen anberaumt. Zum ersten Male trat hierbei die gesamte Lohnkommission der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in Tätigkeit. Nachdem die Arbeitgeber noch einigemale anregten, die Arbeit wieder aufzunehmen, die Arbeitvertreter dagegen erklärten, esf wenn der ganze Tarif durchberaten sei, gingen die Beratungen schneller von statten, sodat in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag die Verhandlungen beendet waren.

Der Tarif tritt am 1. April 1912 in Kraft und dauert bis 31. Dezember 1915, mit dreimonatlicher Kündigung. Von 14. Februar bis 1. April wird auf die Gesamtlohnsumme 5% Aufschlag gewährt.

### Neuer Tarifvertrag.

Zwischen der Firma Nathan & Ruben M.-Gladbach, dem Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen, dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen und dem „freien“ Schneider-Verband, wurde auf die Dauer von 3 Jahren ein Tarifvertrag für alle bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter und Arbeitserinnen durch friedliche Verhandlungen abgeschlossen. Der Vertrag regelt die Altlohnsätze für Schneider und Schneiderinnen, gleichwohl ob sie im Betrieb oder als Heimarbeiter außerhalb des Betriebes beschäftigt werden. In einem Teil der Nörderinnen sind Tagelöhne von 1,50 bis 3,— M. eingeführt und bedeuten dieses auf alle Fälle einen besonderen Fortschritt.

Für Bischöfliches gelten auch fernerhin Wochenlöhne, sie bewegen sich zwischen 27 M. als Mindestlohn und 33 M. als obere Grenze. Jedoch liegt es im Ermessen der Firma auch über diese Sätze hinaus zu zahlen. Zuschnieder erhalten 24 bis 33 M. als Mindestlohn.

Die Bürgler erhalten wie früher Altlohn. Alle in Betrieben beschäftigten Arbeiter haben eine Kündigungsfrist von 14 Tagen, dagegen besteht für Heimarbeiter keine Kündigung. Sowohl bisher höhere Löhne als die in diesem Tarif festgelegten bestanden haben, finden Anwendung nicht statt.

Bei der Ablieferung wird innerhalb der Lieferzeit Wartegeld gezahlt, sofern die Ablieferung über eine (Fortsetzung in der Beilage).

dem Vorstande des sozialdemokratischen Verbandes keine Gegenliebe, und an dieser Stelle scheiterten die zentralen Verhandlungen. Bei den britischen Verhandlungen über die Arbeitsnachweisfrage nahmen unsere Vertreter den gleichen Standpunkt ein, wie unser Hauptvorstand. Auch hier erfuhr die Vorlage das gleiche Schicksal, wie bei den zentralen Verhandlungen, weil die Vertreter des soz. Verbandes sich nicht dazu verstellen konnten, unseren Antrag anzunehmen. Sie haben dadurch belustet, daß es ihnen bei der Angelegenheit weniger um die Regelung der Arbeitsnachweisfrage zu tun war, sondern daß sie eine "paritätische" Einrichtung missbrauchen wollten, für ihre Zwecke im trüben zu fischen. Solange jedoch eine solche Auffassung von der "Parität" in den Kreisen unserer gegnerischen Organisation vorherrscht, verzögern wir gerne darauf, mit diesen Herren gemeinsam einen "paritätischen" Arbeitsnachweis zu schaffen.

**Besondere Sektionen innerhalb der Zahlstelle bestehen für die Uniformschneider, die Damen Schneider und für die Kollegen in Mülheim a. Rh. Die Sektionen haben den Zweck, den speziellen Brancheninteressen, sowie bezüglich der Sektion Mülheim, den örtlichen Interessen eine sachgemäße und intensive Förderung angelehnzt zu lassen. Im verflossenen Jahre hat sich namentlich die Sektion Mülheim gut entwidelt.**

Versammlungen, Konferenzen und sonstige Sitzungen fanden insgesamt 156 statt. Die Korrespondenz erledigte sich in 1801 Postausgängen.

In den Herbst- und Wintermonaten fand, wie auch in früheren Jahren ein Zuschneidekursus für Herren- und Damenschnieder statt. Fachlehrer war wiederum Herr Held, Direktor der Modenakademie der Zuschneidervereinigung für Rheinland und Westfalen. An dem Kursus beteiligten sich 19 Kollegen für das Herrenschaf und 13 Kollegen für das Damenstück. Die Teilnehmer zahlten 15.— M. Honorar, während sie sonst bei einem Übendkursus 50.— M. aufwenden müssten. Auch erhalten Verbandskollegen, wenn sie Lehrbücher durch die Organisation beziehen, 20 Prz. Rabatt.

Auskünfte in bezug auf die rechtlichen Verhältnisse im Arbeitsvertrag wurden in größerer Zahl erteilt. In Unfall-, Invaliden-, Mietsachen und dergl. Angelegenheiten finden unsere Mitglieder Rechtsschutz durch das Arbeiterssekretariat der kath. Arbeiterversicherung. Auch hieron wurde in vielen Fällen Gebrauch gemacht. In einem Falle erhielt ein Kollege bei einem Unfallschaden (Daumenbruch) durch Vermittlung des Arbeiterssekretariats eine Abfindungssumme von 1000 M. Vertretungen am Gemeinbegehricht wurden vom Sekretär des Verbandes in 4 Fällen übernommen.

Konnten wir schon in unserem vorjährigen Bericht darauf hinweisen, daß durch Steuererklärungen, die für unsere Mitglieder unentgeltlich angefertigt wurden, in 28 Fällen den Kollegen insgesamt 521, 25 M. an Steuern erspart wurden, so können wir heute berichten, daß auch in diesem Jahre unsere Arbeiten nach der Seite von Erfolg waren. G zwar waren im letzten Jahre die Reklamationen nicht so groß an Zahl, jedoch ebenso erfolgreich. Insgesamt wurden in 11 Fällen eine Steuerermäßigung von 239,88 M. erzielt. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß die Steuerermäßigungen in 2 Fällen erst dann gewährt wurden, nachdem wir gegen die erstinstanzliche Entscheidung Berufung eingelegt hatten. In einem dieser Fälle wurde sogar in zweiter Instanz, nachdem die Veranlagungskommission eine Ermäßigung abgelehnt hatte, der Steuerfog von 16.—M. Einkommensteuer auf 6.—M. ermäßigt; ein Fingerzeig für die Kollegen, bei Steuergeschäften sich nicht ohne weiteres mit der erstinstanzlichen Entscheidung zufrieden zu geben.

Differenzen waren zu schlichten bei der Firma J. Michels. Gegen diese Firma wurden fortlaufend Klagen geführt wegen der geradezu miserablen Bezahlung der Arbeiten, welche nicht tariflich erfaßt sind. So wurde uns u. a. ein Fall gemeldet, wo für eine Sportsack mit 9 Taschen, Brust- und Rückensäulen und dreiteiligem Gürtel 10.— M. an Arbeitslohn gezahlt wurden. Ähnliche Fälle könnten wir viele anführen. In der Weihnachtswoche des letzten Jahres ging die Firma noch weiter. Arbeiten, welche in Köln seit 1905 allgemein bezahlt wurden — wie blinder Hermelzlöffel, Nähsteppen beim Ulster usw. — wurden kurzhand abgezogen. Alle Reklamationen und Vorhaltungen der eingeladenen Arbeiter fruchteten nichts. Die Firma blieb bei ihrer Weigerung. Erst als die Arbeiter die Degradation zu Hilfe nahmen und die Firma merkte, daß ihr von dort auf den Leib gestellt wurde, erklärte sie sich bereit, die abgezogenen Beträge nachzuzaubern.

Wenn wir so das verflossene Jahr nochmals über-  
schauen, so dürfen wir ohne Ueberhebung sagen: Wir  
haben unsre Schuldigkeit getan. Allen Kollegen,  
welche im letzten Jahre in der Verwaltung, in der Agita-  
tion oder sonst in irgendwelcher Art an der Festigung un-  
serer Befähigkeiten mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle der  
wärmste Dank ausgesprochen. Mögen sich auch in dem be-  
gommene Jahr stets treue Mitarbeiter finden, welche ihre  
Kraft in den Dienst der guten Sache stellen, damit wir,  
wenn die Sylvesterglöden das Jahr 1913 verkünden, 500  
Mitglieder unsrer nennen können.

Hamburg. Am 28. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Außer den zahlreich erschienenen Kollegen waren anwesend der Bezirksleiter Kolleg Lechleiter, wie auch der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftsbundes. Dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen. Das vorliegende Jahr hat wiederum die Ortsgruppe trotz vieler Schwierigkeiten weiter gebracht. Wieder ist ein Jahr voll reicher Kleinarbeit vergangen. Berichtet und besiegelt sind die Ideale der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung bei den alten Kämpfern

hineingetragen sind sie in die jugendlichen neuen Kämpfer unserer Sache. Eine bedeutende Anzahl interessanter Vorträge sind im verflossenen Jahre gehalten worden über die verschiedensten Gebiete der christlichen Gewerkschaftsbewegung wenngleich auch die Zahl der Besammlungsbesucher eine nicht immer zufriedenstellende war. Die Kassenverhältnisse sind entsprechend der Mitgliederzahl günstig zu nennen, besonders erfreut sich die Zahlstelle einer sehr guten Kottalasse. In der Agitation war ebenfalls, und besonders im letzten Herbst rege Bewegung, jedoch ist bei den amerikanisch schwierigen Verhältnissen am Oce noch immer nicht ein der aufgewandten Arbeit entsprechender Erfolg zu verzeichnen. Doch es heißt nicht ruhen, bis die Legion aus dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Kollegen bezw. Kollegen unsern Reihen aufgeführt sind. Aus der sobann folgenden Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Gewählt wurde: 1. Vorl. Kollege Roher, 2. Vorl. Kolleg Hößl, 1. Kassier Kollege Südel, 2. Kassier Kollege Gumbrecht, Schriftführer Kollege Bernold, Kartelldelegierte die Kollegen Südel und Gumbrecht, Kassenrevisoren die Kollegen Hein und Prinz, Bildhauer Kollege Prinz. Nachdem der Vorstand dann noch einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit dem Adap gegeben hatte nahm zum Schlus Kollege Lechleiter das Wort, um im ersten, zündenden Worten die gesamten Kollegen anzurecken zu einer erneuter, zielbewusster Arbeit im Dienste der heiligen Sache der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

**Niel.** Endlich will unsere Zahlstelle auch mal was von sich hören lassen. Am Mittwoch den 24. Januar hielt sie unsere diesjährige Generalversammlung ab, an welcher Kollege Lechleiter teilnahm. Durch den steten Beobachtung unserer Mitgliederzahl nicht viel gestiegen. Doch konnten wir in leichter Zeit noch einige Neuaufnahmen und drei Übertritte vom freien Verband verzeichnen. Nur zählt unserer Zahlstelle einige verheiratete Kollegen, was ist das jetzt gefehlt hat, um den Fortschritt unserer Zahl zu fördern?

bat, um den Vorstand unserer Zahlreichen zu sichern. Auch unter den Jugendlichen haben wir recht eifige Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Schindler, Vorstand, Turobin, Schriftführer, Sauer, Rassiere und Niemann als Vertrauensmann. Darauf hielt Kollege Lechleiter einen interessanten Vortrag. Die rege Diskussion gab Zeugnis, mit welchem Interesse alle den Vortrag verfolgt hatten. Zum Schlusß forderte der Vorstehende die Mitglieder auf, in diesem Februarjahre recht eifig für den Verband zu agitieren. NB. Sollten Verbandsmitglieder, welche sich verändern wollen, Lust nach Kiel verspüren, so können sie sich zwecks Auskunft an den Vorstehenden, Kollegen Schindler, Schauenburgerstraße, 91 III. wenden.

**Münzen.** Ende gut, alles gut. Dies trifft in vollem Umfange für das Jahr 1911 zu. Es kann ruhig gesagt werden, es war ein Jahr des Aufstiegs, nach innen und nach außen. Schon im ersten Quartal zeigte sich die Notwendigkeit der Anstellung eines Geschäftsführers. Am 26. März 1911 trat der gewählte Kollege seinen Vertrauensposten, von Augsburg herüberkommend, an. Durch den Umstand, daß die vielen mannigfältigen Arbeiten in dem Haupthaftes nach der geschäftlichen Anstrengung bisher gemacht wurden, war es selbstverständlich, daß in organisatorischer wie agitatorischer Hinsicht manches mehr oder weniger des Ausbaues bedurfte. Deshalb erblühte Kollege Hampf seine ganze Tätigkeit auch in diesen Latschagen und wenn im großen ganzen auch nur einzelne Wochenstage dazu verwendet werden konnten, so kann doch gesagt werden, daß das oben zitierte Sprichwort seine Berechtigung hat. Unsere Büchstaben ist sowohl nach innen, wie nach außen gefärbt und gestärkt. Das beweisen die Zahlen, die in der Generalversammlung ungeteilten Auflang standen. So ist als sehr erfreulich zu berichten, daß in der Beitragsleistung durch ein durchgreifendes, ausgebautes Betriebsaußenmännerystem ein großer Fortschritt eingetreten sei. So konnte im 2. Quartal eine Beitragsleistung von 13.4 verzeichnet werden, wie sieblich auch in dem schlechtesten, geschäftlichen Quartalen der Prozentsatz immer noch 10,5 beträgt. Auf gleiche Stufe kann auch das Vermögen der Volkskasse gestellt werden. Dasselbe ist im Jahre 1911 um über 200 Mark gestiegen trotz der erhöhten Ausgaben. Da dementsprechend auch die Einnahmen der Zentrale gestiegen sind, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Erfreulich ist es zu nennen, daß ganz besonders in der Mitgliedsverzunahme ein Beweis dafür liegt, daß die Mitglieder sehr wohl sich ihrer Pflicht im verflossenen Jahr berecht waren. Möge das auch im heutigen Jahre der Fall sein. Was nun die Auflösung und Schluß unserer Mitglieder betrifft, so wurden 21 Mitglieder, 2 außerordentliche, 6 Bezirks- und 9 Vertrauensmännerverplanklungen erhalten.

Außerdem hielten die Damenschneider 5 Versammlungen ab. Vorträge wurden gehalten vom Bezirksleiter U. Frei 11, von Gewerkschaftssekretär L. Funke 1, von Kartellsekretär Kühnle 1, vom Geschäftsführer H. Hampf 17.

Der Bezug der einzelnen Versammlungen hat sich zwar in den letzten Quartalen gehoben, dürfte aber immerhin auf Grund unserer Mitgliederzahl ein besseres sein. Weiter stand verzeichnet werden, daß 3 Gauschiedsgerichtsverhandlungen stattfanden. Der erste Fall betraf die Firma Schwarz & Sohn, und ergab die Verhandlung, daß die Waffenfabrik für Einjährig-Freiwillige u. als Waffenfabrik für Offiziere in Betracht kommen und auch als solche bezahlt werden müssen. Der zweite Fall betraf die Firma Alsdorff Bach wegen Nichtbezahlung der langen Fassons. Die Verhandlung ergab, daß ein Arbeiter nach der 2. Probe das Fasson um einen längern gestalten mußte, weshalb er mehr Arbeit hatte. Das Urteil lautete auf Entlohnung der langen Fasson. Der 3. Fall betraf eine Fürther Firma wegen Ladungsausfall zur Sonntagsarbeit. Das Urteil lautete auf Bezahlung der Sonntagsarbeit. Daraus ergeben die Mitglieder, von welch weittragender Bedeutung die Orts- und Gauschiedsgerichte sind. Außerdem wurden 3 Klagen am Gewerbege richt abhängig gemacht und erledigt: 1 Fall durch Vergleich, 1 Fall durch Prändung, 1 Fall ohne Erfolg. Die Verbindung mit dem Kartell wurde durch den Bezug von Delegierterunctionen auf angenehme Ausreichbarkeiten und gestärkt. Außerdem wohnte der Geschäftsführer ebensovielen Ausführungsversammlungen des Kartells bei. Um die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Mitgliedsunternehmen zu befriedigen wurden

Bedenkliche der Mitglieder ebenfalls an berichtigten, wurden am 1. Dezember der Herrenmärschleiterin geführt, über dessen weiteres Zustandekommen wir später berichten werden. Vorbereitung der Lohnbewegung fanden 12 Tarifgespräche statt. Außerdem fand 1 gemeinsame Sitzung aller beteiligten Organisationen statt. Der Zweck war, die prinzipiellen Forderungen der Gewerkschaften einzutragen, um sie dann, wie seitens des Herrn Schanz erläutert wurde, einer Arbeitgeberföderation zu unterbreiten. Doch auch in

aktorischer Hinblick geleistet wurde, was die vielseitige Gestaltung des Geschäftsführers in der zur Verschärfung stehenden Zeit zulich, beweist zur Genüge, daß stabile Mitgliedzahl durch ganz besonders durch bemerkenswerte Mitarbeiter einzelnen Kollegen erreicht werden konnte. Im 4. Quartal fand eine durchgreifende Haushaltsgesamtaktion statt und war der Erfolg ein sehr beachtenswerter, ein Beweis, daß diese Art der Aktion immer noch die beste ist.

Auch die ausgedrückte Motivation weist erfreuliche Mit-

aus die auswärtige Aktion weit erfreuliche Beteiligungsergebnisse nach. Das zur Etablierung einer prominenten Geschäftsführung eine umfassende Korrespondenz notwendig ist, braucht Gewerkschaftsleitern nicht erst anzuseinander gesetzt zu werden. Eine weitere Neuerung besteht darin, dass seit dem 1. Dezember ein Bureau errichtet wurde in der Fürstendorffstraße 4/III.

So ließe sich manches noch ansühren, daß sich im ver-  
schiedenen Jahre ereignete, es würde jedoch im Rahmen eines  
Zeitungsbüchertes zu weit gehen.

Wir können ruhig sagen, daß Jahr 1911 war für uns ein Jahr beständiger Arbeit, Sorge und Mühe; aber doch ein Jahr des Erfolges nach allen Seiten. Und so können wir ruhig mit dem Dichter sagen: Mit Geduld und Zeit wirds Maulbeerblatt zum Atlasleibl. Für uns gibt uns das verflossene Jahr zugleich den Schlüssel des aufgelösten Rätsels in die Hand, wonach aller Erfolg in langsamem, aber stetig vormärtsstrebender Schaffenstrafe liegt. Deswegen rufen wir allen Mitarbeiter zu, hofft auch im neuen Jahre mit gleicher Ausdauer und der Mehrarbeit ist der größere Lohn eurer Betätigung. Die Mitglieder aller Baillifelen sollen schriftliche, das Verbandsleben interessierende Angelegenheiten an H. Hampf, Fürstenfelderstraße 4/III, richten. Ebenso können Zugereisten Arbeitsnachweis in gleicher Adresse benötigen. Die einzelnen Bureau-Stunden sind jeweils abends von 7-8 Uhr. Es ist gut, wenn bei Arbeitsbedarf man sich vorher im Bureau erkundigt, um eventuell Schäden hinauszubalten.

Nun mit erneuter Schaffenskraft wirken für unsere Ideale, das sei die Lösung für das neue Jahr, denn was wäre die Erfüllung der Pflicht, wenn sie keine Opfer kostete.

**Wilhelmshaven.** Am 19. Jan. hielt unsere Zahlstelle ihre erste Generalversammlung ab, welche sehr stark besucht war, ein sprechender Beweis, daß der christl. Gewerkschaftsgedanke hier gute Wurzeln gesetzt hat. Nach Verleseung des Protolls und Bekanntgabe der umfangreichen Tagesordnung wurde die Abstimmung vom 4. Quartal bekannt gegeben und erläutert. Da keine Beanstandung vorlag, wurde auf Antrag dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zum Punkt Vorstandswahlen erhielt zunächst Kollege Lechleiter-Oldenburg das Wort, um über die Bedeutung der Generalversammlung zu sprechen. Redner appellierte an die bisher geleistete Opferwilligkeit und Ausdauer der hiesigen Kollegen und gab dem Bündnis Ausdruck, daß die Wahlen glatt von statten gehen mögen. Er ermahnte uns aber auch, daß die Arbeiten nicht von einzelnen Kollegen verlangt werden dürfen, sondern jeder ein Teil mit zu übernehmen habe. Lust und Liebe zur Gewerkschaftsarbeits führen zu gemeinsamen Wirken und auch zu Erfolgen. Ganz besonders betonte er, wie notwendig gut gefühlte Vertrauensleute sind, die keine Mühe scheuen därfen, und der Flußfotuation Inhalt zu gebieten, nicht Zeitungsträger, sondern Zeitesträger sollen die Vertrauensleute sein. Mit der Aufforderung, auch im neuen Jahre treue Mitarbeiter für unsere Sache zu finden, schloß Kollege Lechleiter seine mit Beifall aufgenommenen Ausschücherungen. Darauf erfolgten die notwendigen Wahlen, die mit Beifallsbekundungen der gezeigten Resultate verbunden waren. Sehr erfreulich war, daß unter bisheriger Kassierer, Schriftführer und die Vertrauensleute sich freiwillig meldeten zur weiteren Fortführung ihrer Posten. Als Nachfolger des bisherigen Vorstehenden Carl Schröder, dem es triftiger Gründe wegen nicht möglich ist seinen Posten weiterzuführen, wurde der Kollege J. Hiemer gewählt. Auch die übrigen Wahlen wurden mit Dank der Bereitwilligkeit der betreffs. Kollegen glatt erledigt. Der nächste Punkt der Tagesordnung berief Errichtung gewerkschaftlicher Diskussionsabende. Auch hierzu machte unser Bezirksleiter sehr bemerkenswerte Ausschücherungen. Die Versammlung beschloß daher einen dahin gehenden Antrag an das Ortskärtell einzuschicken. Eine rege Diskussion entzündete sich über tatsächliche Angelegenheiten und wurde hierzu beigezogen, den Bezirksleiter zu beauftragen, die Regelung derselben durchzuführen.

Alten Kollegen, die sich um die Zahlstelle besonders verdient gemacht haben, sprach die Versammlung lobende Anerkennung aus. Nach einem kurzen, zu neuer Arbeit ermunternden Schlusswort wurde die interessant verlaufene Generalversammlung mit einem "Hoch" auf das ferne Blühen und Gedeihen der Zahlstelle Wilhelmshaven geschlossen.

Rundschau.

## Innungen und Arbeitgeberverbände

Vom preußischen Handelsminister ist offiziell das Rechtsverhältnis der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden genauer festgelegt worden. Der Minister betont, daß durch den Anschluß einer Innung an einen Arbeitgeberverband nur die Innung als solche Mitglied des Arbeitgeberverbandes wird, und daß daher die Satzungen und Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes für die einzelnen Mitglieder der betreffenden Innung keine unmittelbare Wirksamkeit haben. Über die Frage, inwieweit die einem Arbeitgeberverband beigetretenen Innungen befugt sind, ihre Mitglieder zur Erfüllung der Satzungen und Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes anzuhalten, entscheiden neben den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen die Vorschriften der Gewerbeordnung über die zulässigen Aufgaben der Innung. So würde z. B. die Anwendung legendärer Haushaltssmittel seitens der Innung gegen ihre Mitglieder zur Durchsetzung einer von dem Arbeitgeberverband beschlossenen Ausprägung von Arbeitern mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Koalationsfreiheit nicht vereinbar sei. Die Mitglieder einer Innung, die dem Arbeitgeberverband beigetreten ist, können demgemäß nicht verpflichtet werden, ihre Arbeiter nach einem Beschuß des Arbeitgeberverbandes in bestimmten Fällen auszuweisen.

### Die neuen Invalidenkarten.

Der Bundesrat hat laut Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. November 1911 über die neuen Quittungssachen für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sowie über die Entwertung und Vernichtung von Beitrags- und Zusatzmarken Beschnigung getroffen. Da sich ist die Einrichtung der gelben Karten für Pflicht- und freiwillige

### Bellage zur Nr. 3 der Schneider-Zeitung.

Stunde dauert, Massenlieferungen sind davon ausgeschlossen. Aus dem Vertrag, sich ergebende Streitigkeiten werden zwischen den in Vertrag kommenden Organisationen geregelt; wird eine Einigung nicht erzielt, so ist das Gewerbegericht anzurufen. Der Vertrag bringt prinzipiell und finanziell große Vorteile für die Arbeiter und Arbeitnehmer der Firma N. Huben. Möchten nur alle in der Gladbachser Konfektion beschäftigten Arbeiter erkennen, daß ihre Interessen am besten in der Organisation gewahrt sind.

### Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verbänden. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstüzung verloren.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 6. Wochenbericht für 1912 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Die Zahlstelle Nürnberg erhält die Genehmigung, ihren Volksbeitrag für die Monate März, April und Mai auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 6. Februar noch abgerechnet: Augsburg, Amberg, Baden-Baden, Karlsruhe, Kempten, München, Regensburg, Passau, Säkkingen, Stuttgart, Straubing, Wörterbach, — Hammelburg, Heidelberg, Ingelheim, Offenbach, Mainz, Speyer, Schweinfurt, Würzburg, — Bonn, Coblenz, Köln a. Rhein, Duisburg, Elsen, Gelsenkirchen, Dagen, Münster, Paderborn, Siegen, Witten, — Berlin, Hamburg, Hildesheim, Neumünster, Norden, Oldenburg, Papenburg, Schwerin, — Altenstein, Breslau, Dresden, Elbogen, Halle, Leipzig, Marienburg, Marienwerder, Schneidemühl. — Für diese Zahlstellen liegt der heutigen Zeitung das (rote) Belegformular bei, welches dem Rassierer abzuhängen ist.

Der Zentralvorstand.

J. A.: A. Schwartzmann.

### Aus den Zahlstellen.

#### Jahresbericht der Zahlstelle Münster.

Wiederum sind wir am Schlusse eines bewegten und arbeitsreichen Jahres angelangt. Hatten wir doch gleich im Anfang des Jahres Arbeit in Hülle und Fülle und uns kaum ausgerichtet von der Aufführung der neuen Tarife. Gleich das erste Vierteljahr war an Sitzungen sehr reich, denn es galt der Biw. und Militärtarif von 1908 zu erneuern und den Damenschneidertarif neu einzuführen. Diese Arbeit begann mit der Beratung des Biwtarifes. Es muß hier noch angefügt werden, daß der freie Verband zum erstenmale am Tarifabschluß beteiligt war und zwar mit 2 Sigen in der Lohnkommission mit kaum 20 Mitgliedern, sodass wir mit 150 Mitgliedern nur 4 Sige beanspruchten. Es kann also von Ausbildungsmangel, wie es im vorigen Jahre in verschiedenen Städten, wie Saarbrücken, verhaftet wurde, nicht gesprochen werden. Gleich in der ersten Sitzung mit den Arbeitgebern kam es hierüber zu Differenzen, weil vonseiten der Arbeitgeber nur eine 5% Kommission gewünscht wurde und die Freien dann nur ein Mitglied behalten hätten. Wir traten aber zugunsten der Freien ein und verlangten 6 Mitglieder. Der Adau brach hierauf die Verhandlung ab und erst nach 8 Tagen hatte er sich anders besonnen, sodass die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen konnten. Es wurden nur unwichtige Punkte erledigt, besonders was Grundpreise anbelangt, so war am Ende nichts herausgekommen, es blieb die Frankfurter Verhandlung Arbeit genug übrig. Dasselbe Schicksal wiederholte dem Uniformtarif. Trotzdem dertele hier sehr niedrig steht, wollten die Arbeitgeber nur wenig zugeben und wir setzten unsere ganze Kraft ein, um gerade hier etwas heraus zu holen. Nach mehreren Sitzungen, die sich später in die Nacht ausdehnten, wurde dann schließlich etwas zugegeben, aber lange nicht in dem Maße, wie es eigentlich für die Verhältnisse von Münster hätte sein müssen. Leider muß hier gefragt werden, ob die Uniformschneider voll selbst Schuld und das schärfste ist, daß sie schuldig mit dem Schuldigen, ja oft noch mehr darunter zu leiden hat. Deshalb hatten die Uniformschneider allen Grund sich zusammenzuschließen und ein geschlossenes Ganzes zu bilden.

Auso die meisten Positionen des Uniformtarifes gingen mit nach Frankfurt, das heißt was Grundpreise anbelangt. Der dritte im Bunde war der Damenschneidertarif, der hier zum erstenmale eingeführt wurde. Nachdem in zwei Sitzungen darüber beraten war und bis auf vier Positionen alles erledigt wurde, so mußten auch diese die Reise nach Frankfurt mitmachen. Die Kollegen Große-Krämer in Suer, die beauftragt wurden in Frankfurt die Sache zu vertreten, hatten also Arbeit genug und es war gerade nicht benötigstwert, die vielen Positionen zu vertreten. Im ganzen hatten dierthalb am Ende 22 Sitzungen stattgefunden. Auch an dieser Stelle wollen wir denjenigen Kollegen, die in den verschiedenen Kommissionen mitgearbeitet haben, unseres besten Dank abstatthen und man soll nicht nachträglich denjenigen Kollegen für kleine Fehler, wenn sie vorgekommen sind, Vorwürfe machen, denn wo ist heute der Tarif, der keine Fehler und Mängel nachzuweisen hat. Also mehr Mitarbeit und weniger Kritik. Was der Biw. und Damenschneidertarif anbelangt, so sind die Kollegen eingerommen in Frankfurt auf ihre Lasten gelommen, aber desto schlechter erging es der Uniformsache. Obwohl wir, wie oben angeführt, viel Gewicht auf den Uniformtarif legten und mit Gründen dafür genug ins Feld führten, (z. B. eine Garnison, mit fast 1/2 abteiligen Offizieren) wurde uns rüdwieg alles abgelehnt und wir belamen sage und schreibe 5 Pf., in Worten 5 Pf., auf einer Hose bewilligt. Es war also weniger erstaunlich, dieses Refuziat in Münster in einer eigens dazu einberufenen Versammlung bekannt zu geben. Über die organisierten Uniformschneider sagten: "sich nachlegen und besser machen", und auch sie werden etwas besseres zu erwarten haben.

Die Verfestigung der einzelnen Tarif hatte der Arbeitgeberverband übernommen und es waren noch einige Sitzungen notwendig, bis er in Druck gegeben werden konnte, und was dann, als wir die Korrekturen davon belamen, ungähnlich glückt auf, davon einige gebeffert wurden, andere aber später zu Differenzen führten und teilweise jetzt noch

nicht erledigt sind. Disputationsgesetzungen fanden statt und wurden 6 verschiedene Fälle verhandelt, wovon 2 am Ort und 4 in Gaußschiedigerichtssitzungen erledigt wurden. In einem Falle kam ein Vergleich zu Stande, in drei Fällen wurden die Arbeitgeber verurteilt. In einem Falle mußten wir durch einen dreitägigen Streit den Betrieb Rechtskraft verleihen (die Arbeitgeber hatten natürlich oder wollten besser gelagert) an das Gaußschiedigericht Berufung einlegen, was ja (die Arbeitgeber sollten es eigentlich wissen) ausgeschlossen ist. Auch mußten wir in verschiedenen Sachen sowie Tarifangelegenheiten und Einführung der Lohnbücher vorstellig werden, aber die heisste Disputgruppe des Advo. füllte sich bitter wenig darum, und wir werden deshalb andere Mittel ergriffen müssen, um zu unserem Recht zu kommen. Wie sehen also, daß es im verlorenen Jahr sehr lebhaft herging und viel Arbeit zu überwältigen war. Das die Agitation und Aufklärungsarbeit unter diesen Geschäftspunkten zurückblieb, wird jedem, der eingetaucht in die Münsterschen Verhältnisse kennt, einleuchten.

Die Konjunktur war in diesem Jahr gerade nicht besonders gut zu nennen, hatten wir doch im Frühjahr nur eine kurze Saison und im Herbst war überhaupt von Saison wenig zu mecken, sodass wir im November schon Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. Es mag hier gleichzeitig bemerkt werden, daß ein Mangel an Schneidern in den letzten Jahren hier überhaupt nicht mehr gemessen ist. Trotzdem wie gesagt, hier Arbeitsstätte genug zu haben sind, kommt es vor, daß Geschäft ihres Hosen in Essen machen lassen, obwohl dort der Arbeitsmarkt bedeutend höher ist. Sollten die hiesigen Arbeitgeber wirklich Essener Löhne bezahlen, wären dann wohl Gewicht um einige Biennie Lohnherabholung?

Verhandlungen wurden abgehalten, 2 außerordentliche und 24 Mitgliederversammlungen; außerdem eine Anzahl Werktagsversammlungen und Besprechungen. Was den Besammlungsbefehl anbelangt, so hätte dieser, abgesehen von einigen aufsuchten Versammlungen, ein besserer sein können. Viele Mitglieder glauben eben, mit dem Zahlen der Beiträge ihrer Pflicht erfüllt zu haben, bedenken aber nicht, daß ihre Teilnahmeslosigkeit lästigend auf das Ganze wirken müßt. Es darf die Meinung nicht Platz greifen, daß jetzt, nachdem der Tarif wieder neu abgeschlossen ist, die positive Mitarbeit aller überflüssig wäre. Nein! Jetzt muß erst recht alles mit Hand anlegen, die Organisation nach außen noch mehr zu festigen, die noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen.

Die Mitgliederbewegung war auch im abgelaufenen Jahr eine recht lebhafte. Aufgenommen wurden 52 Mitglieder, zugereist sind nur 11. Dagegen sind 30 abgereiste und 31 sind teils ausgetreten und teils wegen rückständiger Beiträge gefristet worden. Wenn uns die wirkliche Mitgliederzunahme auch nicht bestätigt, so müssen wir aber auch mit dem Umstand rechnen, daß sich die jüngeren Kollegen in Münster nicht lange halten, sondern sich in den Großstädten bessere Arbeitsgelegenheiten suchen, daher die hohe Zahl der abgereisten, während der Zugang ein nur geringer ist.

Nach dem Kostenbericht hatte die Hauptklasse eine Einnahme von 2890,80 M. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 7178, womit wir wohl zufrieden sein könnten, da im Durchschnitt auf das Mitglied 47 Wochenbeiträge entfallen. In der Beitragsleistung ist insfern ein beachtenswerter Fortschritt als verzeichnet, als die Zahlstelle mit Beginn des 3. Quartals von der 3. in die 4. Beitragsklasse übergetreten ist.

Alles in allem genommen, können wir mit dem abgelaufenen Jahr zufrieden sein. An den Einzelnen wird es liegen, welche Erfolge uns das eben begonnene Jahr bringen wird.

Neben der Vertägigung unserer Zahlstelle, die wirtschaftliche Lage der Kollegen zu haben, ließ es sich auch das Cristallort angelegen sein, durch Errichtung einer gemeinsamen Schuhleintauschstelle und einer Fleischverkaufsstelle, den christlichen Arbeitern noch weitere Vorteile zu bieten, die nicht unbedenklich sind, wenn man die Preise für Röhren und Schweinefleisch mit den ortsüblichen Preisen vergleicht. So kostete der Zentner Röhren 86—90 Pf. und wurden von unseren Mitgliedern allein für über 2000 M. bezogen. Schweine wurden bis jetzt rund hundert geschlachtet und das Pfund auf 60—65 Pf. verkauf, während es sonst mit 85—90 Pf. bezahlt werden mußte. Die Errichtung hat insbesondere bei der Zeiterperiode äußerst geringen Gewinn und fand auch vollauf Anerkennung. Mögen denn auch die Frauen unserer Mitglieder den Wert der Organisation und deren Errichtungen immer mehr erfassen, denn sie sind es nicht zuletzt, die unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leben haben. Nachdem wir über das hauptsächlich berichtet haben, wollen wir mit erneuter Freude an die Arbeit für das Jahr 1912 gehen, gilt es doch in diesem Jahre das 10jährige Bestehen unserer Zahlstelle zu feiern. Da dürfen wir nicht ruhen, bis der letzte Mann unserem Verbande zugeschaut ist. Handeln wir alle nach dem Dichtertwort:

Schaffen und Streben

Allein nur ist Leben

und der Erfolg ist unser.

Die Zahlstelle von 294 steht ein Abgang von 211 gegenüber, sobald die effektive Zunahme der Mitgliederzahl 88 beträgt. Um das Schluß des Jahres sind 408 Mitglieder vorhanden, und zwar 398 männliche und 10 weibliche.

Entsprechend der erhöhten Mitgliederzahl haben sich auch die Kostenverhältnisse aufwärts entwickelt. Der Markenumsetz. stieg von 14288 Stück im Jahre 1910 auf 16366 Stück im Jahre 1911. Die Einnahmen betrugen 10622,18 M., die Ausgaben 5058,63 M. An die Hauptstelle wurden 4795,39 M. gesandt.

An Unterstützungen wurden gezahlt: Reiseunterstützung 224,56 M., Krankenunterstützung 566,20 M., Sterbegeld beim Ableben des Chefrau eines Mitgliedes 22,50 M.; ferner aus lokalen Mitteln für besondere Fälle 15,50 M. Insgeamt wurden somit in der Kölner Zählstelle im letzten Jahre 828,70 M. an Unterstützungen gezahlt.

Lohnbewegungen wurden geführt in der Uniformlieferungsbranche und in der Detailkonfektionsbranche. In beiden Branchen gelang es, einen Lohntarif abzuschließen. Der Lohntarif für die Uniformlieferungsbranche, welche die Lohnsätze für die Uniformen der Städte. Beamten regelt, wurde abgeschlossen mit der Gewerbevereinigung der Schneidergemebetreibenden des Handwerkerverbandes Köln G. m. b. H. und dem Arbeitgeberverband der Kölner Uniformbranche. Der Tarif sieht eine Erhöhung der früheren Löhne von 10—15 Proz. vor. Nachträglich hat auch die Firma Michels den Tarif für die Lieferungsbranche anerkannt.

Die Verhältnisse in der Detailkonfektionsbranche waren bis vor einem Jahre äußerst verworren. Die Arbeitgeber zahlten größtenteils nach Willkür. In jedem Geschäft wurden andere Löhne gezahlt. Sechs bis zehn, teilweise sogar 11 verschiedene Lohnsätze in einem Geschäft konnten wie feststellen. Doch bei einem derartigen System die Arbeiter die Leidtragenden sind, liegt klar auf der Hand. Durch den Tarifabschluß gelang es nun, einigermaßen Klärung in der Branche zu schaffen. Der Tarif sieht 6 Klassen vor, und brachte den Arbeitern, die in der Branche beschäftigt sind, im Durchschnitt 10 Proz. Lohnherabholung. Ein großer Fortschritt ist auch die Festlegung der Löhne für die Extraarbeiten, welche früher größtenteils umsonst gemacht werden mußten. Wenn auch nicht allen Wünschen der Kollegen Rechnung getragen werden konnte, da die Organisation in der betreffenden Branche noch nicht besonders stark war, so dürfen wir den Abschluß des Tarifs trotzdem als guten Erfolg für die Organisation buchen. Der Grund ist gelegt, auf dem nach Ablauf des Vertrages im Jahre 1914 weiter gebaut werden kann. An die Mönchseider, welche infolge schlechter Beschäftigung in der stillen Zeit Konfektionsarbeiten machen, ergeht die Bitte, auch ihrerseits dazu beizutragen, den Tarifvertrag überall durchzuführen und hochzuhalten.

Am 23. Mai wurde die Gesellenausschußwahl zur Zwangswahl für das Damen Schneider- und Schneiderinnenhandwerk gestätigt. Unltere Kandidaten erhielten 55, die des sozialdemokratischen Schneiderverbandes 62 Stimmen. Wir blieben somit um 7 Stimmen hinter den Stimmen der Sozialdemokraten zurück. Das Resultat kann und durchaus befriedigen, wenn es auch nicht den Sieg unserer Kandidaten brachte. Unsere Damen Schneider haben bei der Wahl ihre Schuldigkeit voll und ganz getan.

Anfangs des Jahres wurde sowohl an die Herren Schneiderzwangswahl, als auch an die Zwangswahl für Damen Schneider und Schneiderinnen der Antrag auf Einführung des Verhältniswahlsystems bei den Wahlen auf den Gesellenausschüssen gestellt. Der Antrag ist wohl begründet. Allein die Tatsache, daß bei der letzten Wahl des Ausschusses zur Herren Schneiderzwangswahl 45 Proz. und bei der letzten Ausschuswahl zur Zwangswahl für Damen Schneider und Schneiderinnen 48 Proz. der abgegebenen Stimmen auf unsere Kandidaten entfielen, daß es recht und billig ist, einer solchen starken Minorität eine Vertretung bei den Innungen zu gewähren. Weiter können wir uns darauf berufen, daß heute bei fast allen sozialen Institutionen die Verhältniswahl eingeführt ist. Die Gesellenausschusmitglieder der beiden Innungen jedoch waren reaktionärer als die Gelehrte im letzten Jahrzehnt. Sie segten alles ab, den Antrag zu Fall zu bringen. Dabei sind diese Herren Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes, der angeblich den Fortschritt in Erfüllung genommen hat. Zum Glück reicht der Einfluß der Ausschusmitglieder nicht so weit, über derartige Anträge zu entscheiden. Beide Innungen nahmen deshalb fast einstimmig, gegen die Stimmen der Ausschusmitglieder, unseren Antrag an, sobald, wenn die Ausschusshörde die Statutenänderung genehmigt, uns bei den nächsten Wahlen eine Vertretung gesichert ist.

Die Frage der Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises beschäftigte uns ebenfalls im letzten Jahre. Ende 1910 fanden bekanntlich Verhandlungen bzgl. Einführung paritätischer Arbeitsnachweise zwischen den Hauptvorständen, dem Arbeitgeberverband einerseits und den drei Gewerkschaften andererseits statt. In dem Entwurf der Geschäftsbörde für diese Arbeitsnachweise war das Organisationsprinzip insoweit durchgeführt, daß organisierte Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Arbeit, bzw. Arbeitsvermittlung in erster Linie berücksichtigt werden sollten. Um nun einem Mißbrauch des Arbeitsnachweises zu anderen Zwecken vorzubeugen, stellte der Vorstand der christlichen Organisation einen Antrag, der verlangte, daß in die Geschäftsbörde der zu errichtenden Arbeitsnachweise eine Bestimmung aufgenommen werde, die verbietet, daß Verbandsgeschäfte auf den Büros der Arbeitsnachweise erledigt werden. Dieser Antrag stand jedoch bei

Weiterversicherung, sowie der grauen für Selbstversicherung im Falle des § 1243 Reichsversicherungsordnung dieselbe geblieben. Die Karten sind nach wie vor binnen zwei Jahren nach dem Ausstellungstage zum Umtausch einzutauschen, zur Vermeidung des § 1420 folgende Rechtsnachteile. Gültigkeitsklärungen sowie Verlängerungen der Gültigkeitsdauer unterbleiben künftig. Es ist, so lesen wir in der „Köln. Zeitung“, zu bedauern, daß auf die Vorderseite der gelben Quittungskarten nicht der Vermiel genommen ist: „Von Amts wegen zu prüfen, ob Marken für die Zeit vor Ausstellung rückständig sind“. Dieser Zusatz wünschte die Praxis und er hätte sicher zum Schutz der Versicherten gedient. In den Quittungskarten für Selbstversicherer fehlt ein Zusatz, daß die Rückverwendbarkeit von Marken für Seiten von Beginn der Selbstversicherung unzulässig ist. Der Zusatz wäre angezeigt gewesen, um Mißverständnisse bei der Rückerstattung der Beiträge der Bemerkungen in der Innenseite der grauen Karten vorgebeugen. Neu ist, daß das Kleben der Marken jetzt künftig zunächst nur auf der linken Seite erfolgen und dann erst auf die rechte Seite übergeleitet soll. Ein Durchleben der Reihen soll daher nicht mehr stattfinden. Neu ist in der Aufrechnung der Karte die Spalte für die neuen Zugangsmarken; daß diese in die Quittungskarte eingelebt werden müssen und daß nicht vielmehr besondere Karten für Zugangsmarken eingeführt sind — was leider die Reichsversicherungsordnung nicht vorschreibt —, wird in der Praxis zu Schwierigkeiten führen und das Institut der Zugangsmarken beeinträchtigen. Es führt zu weit, das Näherte hier auszuführen. Quittungskarten alten Musters werden nach dem 1. Dezember 1911 nicht mehr ausgegeben. Die bis dahin ausgestellten dürfen aber innerhalb zweier Jahre nach dem längeren Gültigkeitsdauer noch weiter verwendet werden. Die Entwertung der Marken geschieht in derselben Weise wie bisher, nur ist auf die Marken künftig nicht mehr der Entwertungstag, sondern der letzte Tag des Zeitraums zu setzen, für den die Marke gilt, bei Zugangsmarken der Tag, an dem die Marke eingetilgt wird. Die neuen Entwertungsbestimmungen traten am 1. Januar 1912 in Kraft.

### Die freien Hiltfassen

müssen nach der Reichsversicherungsordnung, abgesehen von anderen Bedingungen zugelassen werden, wenn sie mehr als 1000 Mitglieder zählen. Es können vom Minister auch solche Hilfassen zugelassen werden, die weniger wie 1000 aber mehr wie 250 Mitglieder haben. Man konnte aber auf Grund der Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung von vorneherein annehmen, daß diese Kassen nicht leicht die Genehmigung erteilt werde. Tatsächlich hat denn auch der Minister für Handel und Gewerbe in einem Bescheid vom 21. November 1911 an den Regierungsrätsidenten in L. erklärt, daß er diese Genehmigung grundsätzlich verweige. Der Bescheid lautet nach dem Ministerialblatt des Handels- und Gewerbevorwaltung wörtlich:

„Ich werde vor der Befugnis aus § 503 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, wonach in Abs. 1 a. O. für die Zulassung der eingeschriebenen Hilfassen als Gefäßkassen vorgeschriebene Mindestmitgliedszahl herabgesetzt werden kann, grundsätzlich keinen Gebrauch machen. Sie wollen die Kranken- und Sterbekasse für sämtliche Berufsgemeinde in N. (E. S.) hierauf befreien und zugleich darauf hinweisen, daß es ihr überlassen bleibt, als Zugangskasse ihren Mitgliedern neben den ihnen von den Krankenkassen geleisteten Unterstützungen weitere Ansprüche zuzusichern.“ ges. Dr. Sydow.“

Die in Frage kommenden Hilfassen werden also gut tun, sich rechtzeitig darauf einzurichten.

### Internationales Arbeitsamt.

**Liste der gewerblichen Güte und anderer gesundheitsschädlicher Güte, die in der Industrie Verwendung finden.** Nach den Beschlüssen des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz entworfen von Prof. Dr. Th. Sommerfeld und Gewerberat Dr. R. Fischer. Revidiert durch den ständigen hygienischen Rat der Internationalen Vereinigung, Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912. Preis 1 M. — Fr. 1.25.

Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Güte gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirksame Gesetzgebung zu gedachten Zwecke aufbauen könnte. Diese Bestrebungen geben Anlaß zu umfassenden Erforschungen und eingehenden Untersuchungen der auf diesem schwierigen Gebiete auftauchenden Fragen. Dabei spielen unter anderem die Anzeigepflicht für gewerbliche Verstümmelungen sowie für die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Güte, die Aufmachung von Krankheitsstatistiken über besonders gefährdeten Betrieben, die angestrebten gewerbshygienische Ausbildung und Schulung der Berufe, die

sachmännische Beurteilung der gesundheitsschädlichen Betriebe und die Regelung der Arbeitszeiten der Güterarbeiter eine besondere Rolle. Die Behandlung dieser und ähnlichen Fragen liegt selbstverständlich ein Zeichen der Güte mit ausgesprochenem Gütercharakter wünschenswert erscheinen.

Die „Güteliste“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewürde. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabethisches Verzeichnis der Gewerbezettel. Die Industriezweige, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Einwirkung des Giftes, die Vergiftungsergebnisse, sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Leistungen aus der Feder Gewerberat Dr. Fischer (Berlin) über die Stellungnahme der Betriebsleitungen und der Arzte zu dieser Frage bildet den Abschluß zu dieser Arbeit. Auf 30 Seiten wird in ihr der gegenwärtige Stand des gewerbsärztlichen Wissensbestandes für Vergiftungen komprimiert und die Grundlage für weitere sachkundige Bestrebungen zur Bekämpfung der industriellen Vergiftungen in allen Ländern geschaffen. Die Güteliste wird den Kaufleuten, den Gewerberäten, den Aufsichtsbeamten, den Betriebsleitern, ggf. vertretenden Gewerberäten sowie den Arbeitern der giftverwendenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erweisen.

**Eine bemerkenswerte Entscheidung** fällt zugleich das Gewerbegericht in Köln. Eine Näherrin verlangte von einer Firma fünf Mark Ration zurück. Die Firma verweigerte die Zahlung. Als Begründung gab sie an, die Näherrin habe Damenholen zur Herstellung erhalten und sechs Stück zu wenig wiedergebracht. Die Klägerin widmete demgegenüber ein, sie hätte die sechs Hosen nicht erhalten. Der Firmenvertreter mochte geltend, es hänge ein Plakat aus, durch welches die Näherrin aufgefordert wurde, die empfangenen Sachen nachzugeben. Die Klägerin erwiderte hierzu, sie sei eine Französin und könne nicht deutsch lesen. Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung des Betrages. In der Begründung wird gesagt, daß den Näherrin die Sachen bei der Übergabe vorgezählt werden müssen. Die verklagte Firma habe nicht nachweisen können, daß die Näherrin die fehlenden sechs Damenholen erhalten habe, weil die Hosen in verschlossenen Paketen verteilt wurden. — Ohne Zweifel eine sehr bemerkenswerte Entscheidung. Unsere Kolleginnen und Kollegen tun gut, sich das Urteil zu merken.

### Ein Nachspiel zum Breslauer Konkurrenzschneiderstreit

berichtet die Fachzeitung für Schneider. Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich der Schneider Hugo Olchowsky wegen Betrugs zu verantworten. Der Antrag lag folgender Tatbestand zugrunde: O. hatte im Mai 1911 die Mitgliedschaft im Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands erworben und sich an dem am 1. Juli 1911 ausgebogenen Konkurrenzschneiderstreit beteiligt. Er arbeitete als Heimarbeiter mit seiner Frau und einem Gehilfen für die Firma Arnold Karstenstein und ließ die erste Streitwoche die Arbeit vollständig ruhen; er selbst war während dieser Zeit vereist. In der zweiten Woche nahm jedoch die Frau mit dem Gehilfen dies wieder auf, während O. selbst sich regelmäßig zur Streitfortsetzung meldete. Die Streitleitung wies wiederholt darauf hin, daß es ein Verbot sei, wenn einige Zwischenreiter glaubten, es genüge, wenn sie sich selbst am Streit beteiligen, ihre Gehilfen und Näherrinnen könnten weiter arbeiten. Nur wer die Arbeit vollständig ruhen läßt, habe Anspruch auf Unterstützung. Zugleich erhob O. bis zur vierten Woche seine Unterstützung. In der fünften und letzten Woche war das verdeckte Treffen Olchowskys zur Kenntnis der Streitleitung gekommen. Hinterher brüstete sich dann noch Frau O., auf welche Weise sie mit ihrem Mann den Verband betrogen habe. Der Staatsanwalt beantragte 18 M. Geldstrafe evtl. 6 Tage Gefängnis. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte O. zu 30 M. Geldstrafe evtl. 10 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten. Der Vorsitzende begündete das härtere Urteil damit, daß die Streitfrage um diesen Betrag geschädigt worden ist und deshalb nicht unter dieses Strafmaß herabgesunken werden konnte. Die mitangeklagte Ehefrau wurde freigesprochen.

### Beruufsmönarchist

nannnte sich nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Nr. 29/12) der Reichstagskandidat der Magdeburger Sozialdemokrat. Auch habe er nach Möglichkeit den Genossen vermieden. Dieser Mandatsschwerter, Rechtsanwalt a. D. und „Genosse“ Landsberg hatte auf dem Parteitag in Jena bekanntlich eine wunderbare Auseinandersetzung über „lange

Oren“ und „Reinlichkeit“ mit Stadtogen. Sind das schon keine erbaulichen Dinge, so wirkt die Propaganda des sozialdemokratischen Organs in Magdeburg für ihn wie eine Tragödie. Es brachte einen Artikel: „Die da nehmen im Gegenseitigstaat“, worin die Millionen Magdeburgs zusammen gestellt werden. Nun versteuert der sozialdemokratische Kanal für Magdeburg, Rechtsanwalt a. D. Landsberg ein Jahreseinkommen von 60.000 Mk.! Da er seiner Rechtsamtspraxis nicht mehr nachgeht, dürfte diese Jahreseinnahme ein reines Renteneinkommen sein; der sozialdemokratische Kanal ist also selbst Millionär. — Das ist ja nichts Neues — die sozialdemokratischen Führer sind zu einem nicht geringen Teilette Kapitalisten — aber das sozialdemokratische Blatt bringt die Liste der Magdeburger Millionäre und — vergißt ausgerechnet den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten! — Proletarier aller Länder beruhigt Euch!“ Der rote Millionär ist nun gewählt und — der Champagner wird billiger werden.

### Adressenänderungen.

Königsberg. Das Versammlungskloster befindet sich von jetzt ab in der Restauration Steinbach, Wagnerstr. 40/41. Neumünster. Vorsitzender ist Kollege Jakob Schmidt, Kaiserstraße 12/20.

### Arbeitsnachweis.

Mehrere Groß- und Kleinstümmacher nach Bielefeld gesucht.

Näheres durch Kollegen H. Landwehr, Bielefeld, Herzforderstraße 84.

Ein erfahrener Radarbeiter nach Hagen gesucht.  
Näheres durch die Ortsverwaltung.

2 fähige Radarbeiter und 1 fähigen Kleinstümmacher gesucht. — Herm. Pottmeyer, Voigelt. i. W.

Jüngeren Damenkleidungs Schneider sucht Leonhard Endler, Suhl i. Th. Vorherige Anfrage erwünscht.

### Herren-Schneider

welche Lust haben, sich selbstständig zu machen, finden reichliche, dauernde Unterstützung u. werden eingerichtet durch grössere Herren- u. Knaben-Kleiderfabrik. Bedingung: Kleiner Grundbesitz, oder sichere Bürgen, oder etwas Ersparnisse. Off. unt. L. N. 9011 an Hasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8.

### Nachruf.

Am 19. Januar verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied

**Robert Bösert**

im Alter von 63 Jahren.

Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle Berlin und ebenfalls Mitbegründer unseres Verbandes am 1. August 1906. Er hat die Treue zum Verband in den schwierigsten Verhältnissen in Berlin nicht gebrochen und ist jederzeit mit ganzer Kraft eingetreten für die Ideale der christlichen Arbeitersbewegung. Möge seine Treue allen anderen Mitgliedern ein Vorbild sein und sein Andenken in ihrem Herzen bewahren.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin.

## Moden-Akademie Thill, Köln a. Rh. 7, Gereonshof 13.

Schneiderfachschule für theoretische und praktische Arbeiten.

Inh.: Chr. Thill, langjähriger Zuschneider und Fachlehrer.

Kurse im Zuschneiden und Anprobieren von jeder Zeitdauer.

### Vervollkommenungskurse in praktischer Näharbeit

als: Schicke Fassons, elegante Hosen, engl. Damengarderobe etc.

Ausbildung zum feinen Schneidermeister und Zuschneider unter Garantie.

### Zuschneidekurse auf brieflichem Wege.

Der neue briefliche Zuschneidekursus für Herren- und Damengarderobe, nach drei verschiedenen Maßen anzuwenden,

enthält alles, was in dem Hauptkursus an der Schule gelehrt wird.

Prüfung, Zeugnis und Diplom für jeden Teilnehmer.

Herren- und Knabengarderobe Mk. 30.—, Damengarderobe Mk. 20.—, zusammen absolviert Mk. 40.—.

Garantie: Zurückzahlung des Honorars bei Nichterfolg.

### Schnittmuster nach Maß

Herrengarderobe: Sakko, Rock, Hose, je Mk. 1.—, Gehrock oder Frack je Mk. 1.25, Paletot, Ulster, Mantel, Wetterkragen je Mk. 1.50, Weste Mk. .50, Kinderanzug Mk. 1.—. Damengarderobe: Jackett, jeder Form, Mk. 1.—, Mantel, jeder Form, Mk. 1.50, Kostümrock, jeder Form, Mk. 1.50. — Versand nur gegen vorherige Einsendung des Betrages durch Postanweisung franko.

Schulmuster auf Tafeln zum Kopieren für alle Größen und Körperhaltungen zu verwenden: Sakkos und Westen, Röcke und Westen, Paletots, Hosen, Kindergarderobe, Damenjackets je Mk. 3.50, zusammen Mk. 16.

Vollständig kostenlos: Probezeitung mit Lehrplan und Schnittmuster.

## Süddeutsche BEKLEIDUNGS-AKADEMIE, Stuttgart.

Gegr. 1883. Inhaber: J. Lehner. Gegr. 1883.

Neuerfundenes patentiertes Präzisions-Zuschneideverfahren.

Absolut sicheres System für Körpermaße, sowie für Berechnungen.

Neuzeitliche moderne Ausbildung im Zuschneiden der Herren- und Damen-Garderobe.

Vornehme, elegante Schnittformen.

Beginn neuer Kurse am 1. und 8. jeden Monats.

Meister-Kurse werden auch auswärts abgehalten.

Verlag der Zeitschrift „Reform“ mit Modebilder.

Lehrbücher- und Schnittmuster-Versand. — Stellenvermittlung.

Prospekte gratis durch: Die Direktion, Tübingerstraße 92.

